S 17 AS 2529/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Beschwerdebefugnis des Vertretenen

Bestellung eines besonderen Vertreters

keine Pflicht des Gerichtes zur

Verwendung eines Künstlernamens Nachholung einer erforderlichen

Beweisaufnahme im Beschwerdeverfahren

sozialgerichtliches Verfahren

Leitsätze 1. Die Person, für die ein besonderer

Vertreter bestellt worden ist, kann selbst

gegen den Bestellungsbeschluss

Beschwerde einlegen.

2. Es gibt keine Pflicht eines Gerichtes,

einen vom bürgerlichen Namen abweichenden Künstlernamen eines

Beteiligten zu verwenden.

3. Die Bestellung eines besonderen Vertreters kommt erst in Betracht, wenn alle Beweismöglichkeiten ausgeschöpft

sind.

4. Wenn das Sozialgericht die grundsätzlich erforderliche

Beweisaufnahme unterlassen hat, kann dies im Beschwerdeverfahren nachgeholt

werden.

Normenkette § 136 Abs. 1 Nr. 1 SGG

§ 157 Satz 1 SGG § 172 Abs. 2 SGG § 72 Abs. 1 SGG

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 AS 2529/17

Datum 25.06.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AS 673/20 B

Datum 27.10.2020

3. Instanz

Datum -

I. Die Beschwerde des Klägers gegen den Beschluss des Sozialgerichtes Leipzig vom 25. Juni 2020 wird zurýckgewiesen.

II. AuA

ergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

١.

Der Kl \tilde{A} ¤ger wendet sich gegen einen Beschluss, mit dem der Kammervorsitzende f \tilde{A} ½r ihn f \tilde{A} ½r das Klageverfahren bis zum Eintritt eines vom Amtsgericht bestellten Betreuers eine besondere Vertreterin bestellt hat.

Der Klåger hat am 15. August 2017 Klage gegen den Bescheid des Beklagten vom 12. Oktober 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13. Juli 2017 erhoben. Mit diesem Bescheid hatte der Beklagte die Bewilligung von Arbeitslosengeld II ab 1. Oktober 2015 aufgehoben, weil der Klåger seit Juni 2015 nicht mehr postalisch erreichbar gewesen sei.

Seit dem 15. April 2019 sind die Schreiben des Klägers mit einem Datumsstempel versehen, der unter anderem folgenden Text beinhaltet: "IHRE Akte IST RECHTSWIDRIG MANIPULIERT, UMGEFÃ□LSCHT, VERFÃ□LSCHT UND GEFÃ□LSCHT!!!".

Der Kammervorsitzende ist unter anderem auf Grund des Inhalts der Schreiben des Kläagers zu der Einschäatzung gelangt, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit dafä¼r bestehe, dass der nicht unter Betreuung stehende Kläager nicht prozessfähig sei. Recherchen haben ergeben, dass das Amtsgericht A â \parallel ¦ â \parallel 0 Betreuungsgericht â \parallel 0 mit Beschluss vom 3. Oktober 2019 (Az â \parallel 1) das Betreuungsverfahren eingestellt hat, weil der Betroffene keine Betreuung wã¼nsche und jegliche Mitwirkung verweigere.

Der Kammervorsitzende hat mit Beweisanordnung vom 25. November 2019 ein SachverstĤndigengutachten nach Aktenlage auf psychiatrischem Gebiet zur KlĤrung der Frage, ob der KlĤger prozessunfĤhig oder partiell prozessunfĤhig ist, in Auftrag gegeben.

In seinem Gutachten vom 28. Februar 2020 ist Prof. Dr. Dipl.-Psych. Y â□¦ (Facharzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie/Forensische Psychiatrie) zur Einschätzung gelangt, dass beim Kläger eine Schizophrenie (ICD-10 F20), hier als spezifische Form vor allem eine Paranoide Schizophrenie (ICD-10 F20.0), anzunehmen sei. Auch eine Schizotype Störung (ICD-10 F21) sei zumindest

erwägenswert. Im vorliegenden Zusammenhang sei entscheidend, dass es sich jedenfalls um ein Chronisches paranoides Syndrom handle. Die Beweisfrage hat der Gutachter dahingehend beantwortet, dass der Kläger nicht prozessfähig sei, und dass eine partielle Prozessunfähigkeit nicht vorliege.

Das Sozialgericht hat mit Schreiben vom 5. März 2020 den Beteiligten das Gutachten übermittelt sowie sie zur beabsichtigten Bestellung einer besonderen Vertreterin und zu der in Betracht gezogenen Person angehört.

Mit Schreiben vom 20. März 2020 hat sich der Kläger gegen die beabsichtigte Entscheidung des Sozialgerichtes ausgesprochen. Ferner hat er mit Schreiben vom 23. März 2020 zum wiederholten Male ein Ablehnungsgesuch gegen den Kammervorsitzenden angebracht.

Der Kammervorsitzende hat mit Beschluss vom 25. Juni 2020, in dem im Rubrum neben dem Aktenzeichen des vorliegenden Verfahrens auch fA1/4nf weitere Aktenzeichen aufgefļhrt sind, das Ablehnungsgesuch verworfen (Ziffer I des Beschlusstenors) sowie fýr den Kläger für das Klageverfahren bis zum Eintritt eines vom Amtsgericht bestellten Betreuers als eine besondere Vertreterin X â∏¦ vom W â∏! e. V. bestellt (Ziffer II des Beschlusstenors). Zur Begründung hat er ausgeführt, dass er über das gegen ihn gerichtete und mehrfach wiederholte Befangenheitsgesuch des KIĤgers ausnahmsweise selbst entscheiden kĶnne, weil es offensichtlich unzulÄxssig sei. Die Bestellung eines besonderen Vertreters erfolge, weil der KlĤger prozessunfĤhig sei. Nach dem eingeholten psychiatrischen SachverstĤndigengutachten, das wegen der konsequenten Mitwirkungsverweigerung des KlĤgers in allen seinen Verfahren seit den Eilverfahren Az. S 17 AS 2399/18 ER und S 17 AS 2656/18 ER nur nach Aktenlage erstellt worden sei, sei der KlĤger (vollstĤndig) prozessunfĤhig. Ein Betreuer, Vormund oder Pfleger für den Kläger sei durch das Amtsgericht nicht bestellt. Schlie̸lich hat der Kammervorsitzende dargelegt, weshalb X â∏¦ als besondere Vertreterin ausgewĤhlt worden sei, und weshalb die Bestellung eines Rechtsanwaltes vorliegend nicht in Betracht komme. Einer der AusnahmefÄxlle, in denen kein besonderer Vertreter zu bestellen sei, insbesondere wenn kein konkreter Streitgegenstand erkennbar oder die Klage offensichtlich unbegründet sei, liege nicht vor. Der Beschluss ist vom Kammervorsitzenden unterschrieben und mit dem von der GeschĤftsstellenmitarbeiterin unterschreiben Anschreiben vom 13. Juli 2020 an den KlĤger mit Zustellungsurkunde übersandt worden.

Der Kläger hat am 14. August 2020, adressiert an "werte Nazis und Ober-Nazis im SGL und im SLSG Chemnitz" Beschwerde eingelegt gegen den "mehrmalig und vielfach mit groben Formfehlern behaftetet rechtswidrig totalitär-diktatorischen Nazi- Beschluss vom 25. Juni 2010 ". Der Beschluss sei ohne Beglaubigung versendet worden. Der Beglaubigungsvermerk sei in "unterschriftsfälschender und urkundenfälschender Nazi-Verfahrens-betrugsart" erstellt worden. Einen entsprechenden Vorwurf erhebt der Kläger in Bezug auf das Schreiben vom 13. Juli 2020. Ferner rügt er, dass sich der "totalitär-diktatorische Ober-Nazi und Terrorist" [gemeint ist der Kammervorsitzende] rechtswidrig und diskriminierend geweigert habe, ihn mit seinem Künstlerinnamen V â□¦, seinem Kþnstlernamen

U â□¦ und seinem vollständigen bþrgerlichen Namen T â□¦ "in seinem rechtswidrigen und diskriminierenden "totalitär-diktatorischen und judenfeindlichen Nazi-Beschluss vom 25. Juni 2010 " anzureden. Damit sei der Beschluss nicht fþr ihn, den Kläger, bestimmt. Der Kammervorsitzende habe auch nationalsozialistische Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen verwandt, und habe schwarz maskiert am 12. Oktober 2019 nachts um 00:30 Uhr bis 00:36 Uhr versucht, ihn, den Kläger, auf der S â□¦-Brþcke zu ermorden. DiesbezÃ⅓glich habe er Strafanzeigen erstattet. SchlieÃ□lich teilt der Kläger mit, dass er seine zeitweise Genehmigung gegenÃ⅓ber dem Beklagten, gefälschte und manipulierte ärztliche Gutachten benutzen zu dþrfen, 2019 widerrufen habe.

Der Beklagte trägt vor, dass die Beschwerde gegen die Ablehnung des Ablehnungsgesuches bereits unzulässig sei. Die Beschwerde gegen die Bestellung einer besonderen Vertreterin sei unbegründet.

Der Klä¤ger ist mit richterlichem Schreiben vom 6. Oktober 2020 gebeten worden, den beigefã¼gten Anamnesebogen fã¼r die Zeit seit 1. Januar 2015 gut lesbar auszufã¼llen und zu unterschreiben sowie die Entbindungserklã¤rung betreffend die sozialrechtliche Geheimhaltungspflicht und die ã¤rztliche Schweigepflicht zu unterschreiben und beides an das Gericht zurã¼ckzusenden. Ferner ist er gebeten worden mitzuteilen, ob er im Rahmen einer etwaigen weiteren Begutachtung bereit sei, sich dem Gutachter persã¶nlich vorzustellen. Ihm ist eine Frist bis zum 26. Oktober 2020 gesetzt worden. Das Schreiben ist ihm ausweislich der Zustellungsurkunde am 7. Oktober 2020 zugestellt worden. Eine Reaktion hierauf ist nicht erfolgt. Das Amtsgericht A â□¦ â□□ Betreuungsgericht â□□ hat den Beschluss vom 1. Oktober 2020 (Az â□¦) übersandt, wonach das Betreuungsverfahren eingestellt worden ist, weil der Klã¤ger jede Mitwirkung verweigert habe.

Der Klåkger hat am 13. Oktober 2020 ein Schreiben in den Nachtbriefkasten des Sozialgerichtes eingeworfen, in dem die sechs im Beschluss vom 25. Juni 2020 angegebenen Aktenzeichen des Sozialgerichtes aufgefå¼hrt sind. Er hat sich auf den "Rechtsstreit DU JUDENSAU!" bezogen und mehrere Strafanzeigen beigefå¼gt.

Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakten aus beiden Verfahrensz $\tilde{A}^{1}/_{4}$ gen Bezug genommen.

II.

- 1. Die nicht beschrĤnkte Beschwerde gegen den Beschluss vom 25. Juni 2020 ist unzulĤssig, soweit sie gegen die Entscheidung unter Ziffer I des Beschlusstenors, mit dem das Ablehnungsgesuch als unzulĤssig verworfen worden ist, gerichtet ist. Die UnzulĤssigkeit dieses Teils der Beschwerde ergibt sich aus § 172 Abs. 2 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG). Danach kĶnnen unter anderem BeschlĽsse über die Ablehnung von Gerichtspersonen nicht mit der Beschwerde angefochten werden.
- 2. Die Beschwerde gegen die Bestellung einer besonderen Vertreterin unter Ziffer II des Beschlusstenors ist zwar zulÄxssig (a), jedoch nicht begrļndet (b).

a) Rechtsgrundlage fýr die Bestellung eines besonderen Vertreters ist § 72 Abs. 1 SGG. Danach kann der Vorsitzende fýr einen nicht prozessfähigen Beteiligten ohne gesetz-lichen Vertreter bis zum Eintritt eines Vormundes, Betreuers oder Pflegers fÃ⅓r das Verfahren einen besonderen Vertreter bestellen, dem alle Rechte, auÃ \Box er dem Empfang von Zahlungen, zustehen. Obwohl somit dem besonderen Vertreter alle Rechte auÃ \Box er dem Empfang von Zahlungen zustehen, kann der Vertretene selbst Beschwerde einlegen (vgl. Schmidt, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], § 72 Rdnr. 4a, m. w. N.). Denn der Vertretene, hier der Kläger, gilt, soweit er mit diesem Rechtsmittel seine Prozessfähigkeit geltend macht, als prozessfähig (vgl. BSG, Urteil vom 5. Mai 1993 â \Box 0 9/9a RVg 5/92 â \Box 0 SozR 3-1500 § 71 Nr. 1 = NJW 1994, 215 f. = juris, Rdnr. 12).

Die Beschwerde ist auch im A

brigen form- und fristgerecht eingelegt worden.

- b) Die Beschwerde ist jedoch unbegründet. Insbesondere tragen die vom Kläger vorgetragenen formellen Einwände nicht. Soweit das Sozialgericht davon abgesehen hat, den Versuch zu unternehmen, ein Gutachten auf der Grundlage einer persönlichen Vorstellung des Klägers beim Gutachter erstellen zu lassen, hat dieser Mangel im Beschwerdeverfahren geheilt werden können. In der Sache ist die Entscheidung des Sozialgerichtes nicht zu beanstanden.
- (1) Nach § 202 Satz 1 SGG in Verbindung mit § 317 Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung (ZPO) werden Urteile den Parteien in Abschrift zugestellt. Die Beglaubigung der zuzustellenden SchriftstA¹/₄cke wird von der GeschA¤ftsstelle vorgenommen (vgl. <u>§ 202 Satz 1 SGG</u> i. V. m. <u>§ 169 Abs. 2 Satz 1 ZPO</u>). Die beglaubigte Abschrift ist eine Zweitschrift, deren inhaltlicher Gleichlaut mit der Urschrift der Urkundsbeamte unterschriftlich bestÄxtigt hat. Die beglaubigte Abschrift muss erkennen lassen, dass das Original die Unterschriften der Richter trÄxgt; die Abschrift muss aber weder persĶnlich unterschrieben sein noch eine Ablichtung der Originalunterschriften enthalten (vgl. Schultzky, in: Zöller, ZPO [33. Aufl., 2020], § 169 Rdnr. 8). Der Beglaubigungsvermerk muss eindeutig erkennen lassen, dass sich die BestÄxtigung des Gleichlauts auf alle Seiten (BlÄxtter) des Schriftstücks bezieht. Zudem muss der Vermerk selbst mit dem Schriftstück eine Einheit bilden (vgl. BGH, Urteil vom 13. September 2017 â∏∏ IV ZR 26/16 â∏∏ NIW 2017, 3721 f. = juris Rdnr. 14, m. w. N.; Schultzky, a. a. O., Rdnr. 9, m. w. N.). Fýr die Beglaubigung ist eine bestimmte Form oder ein bestimmter Wortlaut nicht vorgeschrieben (vgl. RG, Beschluss vom 16. Mai 1940 â∏∏ RGZ 164, 52 [54]; BGH, Urteil vom 13. September 2017, a. a. O., m. w. N.; Schultzky, a. a. O., Rdnr. 10, m. w. N.). Der Beglaubigungsvermerk muss handschriftlich unterzeichnet sein (vgl. 1971, 659 = juris Rdnr. 5, m. w. N.; Schultzky, a. a. O., m. w. N.). Eine Lesbarkeit des Namenszuges ist nicht erforderlich (vgl. BGH, Urteil vom 1. Oktober 1969 â∏∏ VIII ZR 83/69 â∏ BB 1970, 52 = juris Rdnr. 9, m. w. N.; Schultzky, a. a. O., m. w. N.). Es genügt ein individueller Schriftzug mit charakteristischen Merk-malen. Das Schriftbild muss so beschaffen sein, dass es noch charakteristische Merkmale einer Unterschrift enthÄxIt (vgl. BGH, a. a. O., m. w. N.).

Diese Vorgaben sind vorliegend eingehalten. Soweit der KlĤger Ausführungen zu beglaubigten elektronischen Abschrift oder einem elektronischen Dokument macht (vgl. hierzu <u>§ 169 Abs. 4 und 5 ZPO</u>), sind diese nicht relevant, weil der angefochtene Beschluss in Papierform erstellt und zugestellt worden ist.

- (2) Einwände, die sich auf das Anschreiben vom 13. Juli 2020, mit dem der Beschluss vom 25. Juni 2020 Ã⅓bermittelt wurde, beziehen, sind nicht entscheidungserheblich. Denn eine vom Kläger behauptete Fehlerhaftigkeit des Schreibens ist ohne Auswirkung sowohl auf die formelle und materielle RechtmäÃ∏igkeit des Beschlusses vom 25. Juni 2020 als auch auf die Wirksamkeit der Zustellung dieses Beschlusses.
- (3) Mit seinem Einwand, der Beschluss vom 25. Juni 2020 sei nicht f \tilde{A}^{1}_{4} r ihn bestimmt, weil zum einen sein b \tilde{A}^{1}_{4} rgerlicher Name nicht vollst \tilde{A} ndig und zum anderen seine K \tilde{A}^{1}_{4} nstlernamen \tilde{A}^{1}_{4} berhaupt nicht angegeben seien, setzt sich der Kl \tilde{A} ger bereits in Widerspruch zu seinem eigenen fr \tilde{A}^{1}_{4} heren Verhalten. Zudem gen \tilde{A}^{1}_{4} gt die Personenangabe f \tilde{A}^{1}_{4} r die Klagepartei im Beschluss vom 25. Juni 2020 den Gesetzlichen Anforderungen.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger selbst hat nicht nur im Schreiben vom 25. Oktober 2017, das die Klagebegr\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{d}\) dung enthalt, seinen Namen mit "T\(\tilde{a}\)\(\tilde{\}\)\(\tilde{l}\)\" angegeben, sondern auch in zahlreichen weiteren Schreiben, zuletzt vor dem Erlass des genannten Beschlusses im Schreiben vom 14. April 2020.

Unabhängig davon genügen die Angaben im Beschluss vom 25. Juni 2020 den Anforderungen aus § 136 Abs. 1 Nr. 1 SGG, der für Beschlüsse entsprechend gilt (vgl. BSG, Beschluss vom 27. Oktober 2016 â∏ B 13 R 337/15 B â∏ juris Rdnr. 12). Danach enthÄxlt das Urteil unter anderem die Bezeichnung der Beteiligten nach Namen, Wohnort und ihrer Stellung im Verfahren. Vorliegend ist der KlĤger mit der von ihm selbst verwendeten Fassung seines bürgerlichen Namens und seiner Postanschrift in seiner Eigenschaft als am Verfahren beteiligter KlĤger (vgl. § 69 Nr. 1 SGG) bezeichnet. Damit ist dem Zweck von § 136 Abs. 1 Nr. 1 SGG, eine sichere Feststellung der IdentitÄxt der Verfahrensbeteiligten zu gewĤhrleisten, entsprochen. Eine Pflicht eines Gerichtes, einen vom bürgerlichen Namen abweichenden Künstlernamen zu verwenden, gibt es nicht (vgl. LSG Baden-Württemberg, Beschluss vom 21 Dezember 2007 â∏ L 8 SF 5962/07 A â∏∏ juris Rdnr. 5). Ob ein Gericht hierzu berechtigt wäre, wenn der Zweck der IdentitÄxtsfeststellung hierdurch ebenfalls erreicht werden kĶnnte, kann dahingestellt bleiben, weil der Kammervorsitzende im vorliegenden Fall so nicht verfahren ist.

(4) Da nach § 172 Abs. 2 SGG Beschlüsse über die Ablehnung von Gerichtspersonen nicht mit der Beschwerde angefochten werden können, ist das Beschwerdegericht grundsätzlich an solche Entscheidungen gebunden. Die Bindung entfällt ausnahmsweise nur dann, wenn die Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs auf willkürlichen manipulativen Erwägungen beruht oder wenn die Zurückweisung des Ablehnungsgesuchs jedenfalls darauf hindeutet, dass das Gericht Bedeutung und Tragweite der Verfassungsgarantie des Artikel 101

Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG), das heià t des Anspruches auf den gesetzlichen Richter, grundlegend verkannt hat (vgl. BSG, Beschluss vom 3. Juli 2019 â t B 13 R 3/17 BH â t juris Rdnr. 11, m. w. N.; Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], § 60 Rdnr. 14b, m. w. N.). Dafà ¼r, dass vor-liegend ein solcher Ausnahmefall gegeben sein kà ¶nnte, gibt es keine Anhaltspunkte.

(5) Zur ProzessunfĤhigkeit im Sinne von <u>§ 72 Abs. 1 SGG</u> hat das Bundessozialgericht im Beschluss vom 17. Juli 2020 (Az. B 1 KR 23/18 B, juris Rdnr. 6, m. w. N.) zusammenfassend ausgeführt: "Prozessunfähig ist eine Person, die sich nicht durch VertrĤge verpflichten kann (vgl <u>§ 71 Abs. 1 SGG</u>), also ua eine solche, die nicht geschärftsfärhig iS des å§ 104 Bä¼rgerliches Gesetzbuch (BGB) ist, weil sie sich gemäÃ∏ <u>§ 104 Nr 2 BGB</u> in einem nicht nur vorÃ⅓bergehenden, die freie Willensbestimmung ausschlie̸enden Zustand krankhafter Störung der GeistestÃxtigkeit befindet und deshalb nicht in der Lage ist, ihre Entscheidungen von vernünftigen Erwägungen abhängig zu machen (vgl BSG vom 12.12.2013 â∏ B 8 SO 24/12 R â∏ SozR 4-3500 § 67 Nr 1 RdNr 9; BFH vom 9.9.2004 â∏ III B 165/03 â∏∏ juris RdNr 4; BGH vom 5.11.2004 â∏∏ IXa ZB 76/04 â∏∏ juris RdNr 13, jeweils mwN). An die Annahme einer ProzessunfĤhigkeit sind auch mit Blick auf den damit verbundenen Eingriff in das PersĶnlichkeitsrecht (vgl BSG vom 5.5.1993 â∏∏ 9/9a RVg 5/92 â∏∏ SozR 3-1500 § 71 Nr 1 S 3) strenge Anforderungen zu stellen. Es reicht nicht aus, dass der Betroffene seit lĤngerem an geistigen oder seelischen Störungen leidet (vgl BSG vom 5.5.2010 â∏ B 6 KA 49/09 B â∏∏ juris RdNr 7 mwN). Ebenso wenig reichen eine blo̸e Willensschwäche (vgl BGH vom 5.6.1972 â ☐ II ZR 119/70 â ☐ RdNr 9) oder die bloà ☐ Unfà x higkeit eines Beteiligten, seine Rechte in einer mündlichen Verhandlung selbst wahrzunehmen (vgl BSG vom 4.5.1965 â∏∏ 11 RA 10/64 â∏∏ juris RdNr 9; vgl zum Ganzen auch Roller in jurisPK-SGG, 1. Aufl 2017, § 71 RdNr 17 ff mwN)."

Wegen der fýr den Verfahrensbeteiligten weitreichenden, grundrechtsrelevanten Konsequenzen kommt die Bestellung eines besonderen Vertreters erst in Betracht, wenn aller Beweismöglichkeiten ausgeschöpft sind (vgl. BSG, Beschluss vom 3. Juli 2003 â \square B 7 AL 216/02 B â \square BSGE 91, 146 ff. = SozR 4-1500 § 72 Nr. 1 = juris Rdnr. 6; BSG, Beschluss vom 17. Dezember 2019 â \square B 1 KR 73/18 B â \square SozR 4-1500 § 56a Nr. 1 = juris, jeweils Rdnr. 8). Beweis kann zum Beispiel erhoben werden durch die die Einholung eines Sachverständigengutachtens nach einer persönlichen Begutachtung, der Einholung von Befundberichten oder die Beiziehung von Akten (vgl. BSG, Beschluss vom 17. Juli 2020, a. a. O., Rdnr. 8).

Das Sozialgericht hat davon abgesehen, den Versuch zu unternehmen, den KlĤger dazu zu bewegen, an einer persĶnlichen Begutachtung mitzuwirken. Es hat dies damit begründet, dass der KlĤger ab einem bestimmten Zeitpunkt konsequent seine Mitwirkung in allen seinen Verfahren verweigert habe. Auch bei einer generellen Verweigerungshaltung des betroffenen Verfahrensbeteiligten ist ein Gericht aber grundsĤtzlich gehalten, die MĶglichkeiten einer Beweiserhebung zur Beurteilung der ProzessfĤhigkeit des Verfahrensbeteiligten auszulosten. Denn es ist nicht auszuschlieÄ□en, dass der Verfahrensbeteiligte wegen der weitreichenden Konsequenzen der Bestellung eines besonderen Vertreters für ihn jedenfalls in

dem Verfahren nach <u>§ 72 Abs. 1 SGG</u> mitwirkt. Etwas anderes kann nur gelten, wenn der Verfahrensbeteiligte auch für dieses Verfahren seine Mitwirkung verweigert hat. Dies ist vorliegend aber nicht geschehen, weil der Kläger erstmals im Rahmen der Gutachtenübersendung und der Anhörung zur beabsichtigten Bestellung eines besonderen Betreuers mit den MaÃ□nahmen und Erwägungen des Sozialgerichtes bekanntgemacht worden ist.

Wenn das Sozialgericht die grunds \tilde{A} xtzlich erforderliche Beweisaufnahme unterlassen hat, kann dies im Beschwerdeverfahren nachgeholt werden. Denn wie im Berufungsverfahren (vgl. \tilde{A} § 157 Satz 1 SGG) pr \tilde{A} 1/4ft das Landessozialgericht auch im Beschwerdeverfahren den Streitfall im gleichen Umfang wie das Sozialgericht. Neu vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel sind zu ber \tilde{A} 1/4cksichtigen (vgl. \tilde{A} § 202 Satz 1 SGG i. V. m. \tilde{A} § 571 Abs. 2 Satz 1 ZPO).

Vorliegend hat der KlĤger aber weder die EntbindungserklĤrung betreffend die sozialrechtliche Geheimhaltungspflicht und die Ĥrztliche Schweigepflicht abgegeben, sodass keine weiteren Auskļnfte eingeholt oder Akten bezogen werden konnten, noch hat er sich mit einer persĶnlichen Begutachtung einverstanden erklĤrt. Wenn aber alle BeweismĶglichkeiten ausgeschĶpft sind und dem Gericht keine weiteren ErkenntnismĶglichkeiten zur Verfļgung stehen, ist die Entscheidung ļber eine etwaige Bestellung eines besonderen Vertreters nach Aktenlage zu treffen.

(6) Die Entscheidung des Sozialgerichtes im Beschluss vom 25. Juni 2020 ist in der Sache nicht zu beanstanden. Der Senat sieht deshalb in entsprechender Anwendung von § 153 Abs. 2 SGG, der auch für Beschlüsse gilt (allgem. Auffassung, vgl. z. B. Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG [13. Aufl., 2020], § 153 Rdnr. 5, m. w. N.), von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe ab. Der Senat teilt die Auffassung des Sozialgerichtes, dass die Ausführungen des Gutachters zur fehlenden Prozessfähigkeit des Klägers nachvollziehbar und schlüssig sind. Die gutachterliche Einschätzung nach Aktenlage wird durch Inhalt und Form der Ã□uÃ□erungen des Klägers im Beschwerdeverfahren bestätigt.

Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes hat das Gericht bei gewichtigen Bedenken gegen die ProzessfĤhigkeit von der ProzessunfĤhigkeit auszugehen, wenn sich auch nach AusschĶpfung aller BeweismĶglichkeiten nicht feststellen lĤsst, dass der betreffende Beteiligte prozessfĤhig ist (vgl. BSG, Beschluss vom 17. Dezember 2019, a. a. O.; BSG, Beschluss vom 17. Juli 2020, a. a. O., Rdnr. 5). Zweifel an der ProzessfĤhigkeit des KlĤgers bestehen nicht. Selbst wenn Zweifel verblieben wĤren, wĹ⁄4rden sie dem KlĤger prozessual zur Last fallen, weil er an der KlĤrung seiner ProzessfĤhigkeit nicht mitgewirkt und jeden Versuch des Gerichts, den Sachverhalt aufzuklĤren, ins Leere hat laufen lassen (vgl. BSG, Beschluss vom 17. Juli 2020, a. a. O., Rdnr. 12).

3. Eine Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung von \hat{A} § 193 SGG.

4. Dieser Beschluss ist unanfechtbar (vgl. <u>§ 177 SGG</u>).
Erstellt am: 21.12.2020
Zuletzt verändert am: 23.12.2024